

# Paderborner Volksblatt

## für Stadt und Land.

Nro. 62.

Paderborn, 24. May

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

### Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Dr. Stüve nach Hannover zurückgekehrt; b'Esler und Ohm streckbrieflich verfolgt; Bedenken gegen den Einmarsch preuß. Truppen in Baden; Kabinettsordre; Herr Camphausen u.); Frankfurt (vereitelte Hoffnungen; der Großherzog von Baden; Beschluß der Nationalversammlung; Aufforderung der Linken; Zusammenziehung einer Truppenmacht); Köln (Gräfin Hagfeld); Koblenz (Einberufung der Landwehr); Düsseldorf (Ablieferung der Waffen); Elberfeld (zur Charakterisirung des dortigen Zustandes); Wiesbaden (Verdrigung der Civilbeamten und des Militärs auf die deutsche Verfassung); Karlsruhe (Verschiedenes); München (Studentenfreicorps aufgelöst); Dresden (Blöde und Dr. Windisch); Freiburg (Aufnahme der Truppen); Wien (Ansprache des Kaisers); Von der polnischen Grenze. — Schleswig-Holstein (der dänische Krieg).

Italien. (Nachrichten aus Rom).

Frankreich. Paris (Wahlen; General Changarnier u.).

Ungarn. (Der Krieg in Ungarn). — Vermischtes.

### Deutschland.

**Berlin, 19. Mai.** Der hannoversche Staatsminister Dr. Stüve ist wieder zurückgekehrt; er war in Hannover, um sich mit den übrigen Mitgliedern des hannoverschen Ministeriums über die ihm hier gewordenen Mittheilungen und Vorlagen in Bezug auf die von der hiesigen Minister-Konferenz zu entwerfende Reichsverfassung zu berathen. Wie es scheint, ist auch Hannover der Vorlage, wie sie von Preußen ausging, beigegetreten. Darf man Gerüchten Glauben beimessen, so hätten wir die Veröffentlichung dieser Reichsverfassung sehr bald zu erwarten. Nach Allem was in gut unterrichteten Kreisen über den Entwurf in seiner gegenwärtigen Gestalt verlautet, verhält derselbe sich zur Reichsverfassung ungefähr so wie die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember zu dem von der Kommission der Preussischen National-Versammlung vorgelegten Entwurf. Die meisten Artikel stimmen wörtlich mit der Reichsverfassung überein. Das absolute Veto ist in die Verfassung aufgenommen, die Vetofrage aber für die künftige Revision als offene behandelt; das Wahlgesetz ist wesentlich modificirt, die Artikel über die beiden Häuser dagegen mit geringen Aenderungen angenommen. Der König von Preußen ist Schirmherr von Deutschland und diese Würde im Hause Hohenzollern erblich.

— In den heutigen Zeitungen wird der Dr. b'Esler und ein Kaufmann Ohm, als des Hochverraths verdächtig, streckbrieflich verfolgt. — Das in der ganzen Stadt verbreitete Gerücht, Waldeck sei seiner Haft entlassen, ist ohne allen Grund. Die Demokraten, oder jetzt richtiger gesagt, die Republikaner sind in Verzweiflung über die traurige Wendung ihrer Angelegenheiten in allen Theilen des Vaterlandes. Der Geist der Ordnung aber erstarkt sich von Tage zu Tage, und die Anhänger des Königthums schaaren sich hier dichter und dichter zusammen. Berlin betrachtet seine jetzige Lage als einen nothwendigen Durchgangspunkt, und hoffen bessere Zeiten erst nach völliger Ueberwindung der Umsturzpartei.

— Gegen den Einmarsch der preuß. Truppen in Baden sollen bei der Centralgewalt von verschiedener Seite und auch von einer Regierung gewichtige Bedenken rege gemacht worden sein. Wie uns berichtet wird, sollen außer den bereits mobil gemachten hessisch-darmstädtischen und württembergischen Truppen noch 10—15,000 Mann württembergische und kurlfürstl. hessische Truppen bereit gehalten werden.

— Höheren Orts ist man sehr geneigt, den renitenten Landwehrmännern, welche sich innerhalb einer zu bestimmenden Frist zu ihrer Fahne stellen, Verzeihung und Straßlosigkeit zu Theil werden zu lassen.

**L. C. Berlin, 19. Mai.** Der hiesige Magistrat hat auf die königliche Ansprache „An Mein Volk!“ eine Dank-Adresse an Se. Majestät gerichtet. Auch die Stadtverordneten-Versammlung hat heute in gleichem anerkennenden Sinne eine Ansprache an die Bürgerschaft veröffentlicht.

— Das Füßler-Bataillon vom 14. Regiment hat Marschordre nach dem Rhein erhalten.

— Das neueste Militair-Wochenblatt enthält eine Kabinetts-Ordre

über Erhöhung der Pensionen der Militair-Invaliden, vom Oberfeuerwerker, Feldwebel, Wachmeister abwärts.

**Berlin, 20. Mai.** Herr Camphausen ist von Köln hierher berufen worden, seine Ankunft wird heute erwartet. Die Berufung des Herrn Camphausen soll auf den Wunsch Sr. Majestät erfolgt sein.

**Frankfurt, 18. Mai.** Die Betheuerungen und Schwüre, welche hier so reichlich geflossen sind, mit Gut und Blut für die Reichsverfassung einzustehen zu wollen, ließen erwarten, daß Alle sich zu einer Bewaffnung herbeidrängen würden, deren ausgesprochener Zweck der Schutz der Reichsverfassung war. Die Listen sind jetzt geschlossen und es haben sich 30, schreibe dreißig Tausende gemeldet.

R. 3.

**Frankfurt, 19. Mai.** Der Großherzog von Baden, welcher sich gegenwärtig zu Hagenau befindet, hat von Lauterburg aus eine Proklamation an das badische Volk erlassen, worin er seine Unterthanen auffordert, zur Ordnung und Treue gegen ihr rechtmäßiges Oberhaupt zurückzukehren, und festzuhalten an der Centralgewalt, als auch an der freistinnigen Reichs- und Landesverfassung.

**Frankfurt, 19. Mai.** In der heutigen 224. Sitzung der Nationalversammlung wurde mit einer Majorität von 10 Stimmen die Wahl eines Reichs-Statthalters beschlossen. Derselbe soll wo möglich aus der Reihe der regierenden deutschen Fürsten gewählt, und ihm die Befugnisse der provisorischen Centralgewalt in erweitertem Umfange übertragen werden. Mit dem Vollzuge dieses Beschlusses hört demnach die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf. — Gegen diesen Beschluß haben die in der Nationalversammlung noch ausharrenden Mitglieder der groß-deutschen Partei folgende Verwahrung eingelegt:

„In Erwägung, daß das Gesetz vom 28. Juni 1848 den Zeitpunkt des Aufhörens der provisorischen Centralgewalt ausdrücklich (§. 15.) mit den Worten festgestellt: „Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt auf.“ In Erwägung, daß durch das Gesetz vom 28. Juni die Dauer der provisorischen Centralgewalt angeordnet ist (§. 1.) bis zur definitiven Begründung einer Regierungs-Gewalt für Deutschland. In Erwägung, daß weder die Verfassung in Ausführung gebracht ist, noch durch den heutigen Beschluß eine definitive Regierungsform für Deutschland begründet wird. In Erwägung, daß demzufolge den im Gesetze vom 28. Juni vorgeschriebenen Bedingungen für das Aufhören der provisorischen Centralgewalt offenbar nicht genügt ist. In Erwägung, daß der Nationalversammlung nicht zustehen kann, einseitig, ohne Einwilligung des Trägers der Centralgewalt das Gesetz, aus welchem die Centralgewalt hervorgegangen, umzustößen und das Recht des Reichsverweisers aufzuheben: legen wir gegen die Gültigkeit des eben gefaßten Beschlusses Verwahrung ein.“

**Frankfurt, 19. Mai.** Hiesige Blätter enthalten folgende Aufforderung: „Alle auswärtig sich befindenden Parlamentsmitglieder der Linken fordern wir hierdurch auf, nächsten Montag, am 21., sich in der Sitzung des Parlaments einzufinden, da die Wahl eines Reichsstatthalters in Aussicht steht.“ — Frankfurt, 19. Mai 1849.

Hagen. Hoffbauer. Fröbel. Vogt. L. Simon. Eisenstuck.

**Frankfurt, 19. Mai.** Man spricht von der Zusammenziehung einer Macht von im Ganzen 60,000 Mann, deren Mittelpunkt Frankfurt bleiben würde, darunter 4000 Mecklenburger, 6000 Hannoveraner und 15,000 Preußen, letztere zum Theil von den Truppen, welche in Dresden gefochten haben. In Hanau ist schon zu heute Abend Quartier für 4000 Mann Preußen, wie man hört vom Kaiser Alexander-Regiment angesagt; In Frankfurt selbst sind gestern 6000 Quartierzettel gedruckt worden. Von jenen 60,000 Mann würden zwei Corps, jedes in der Stärke von 15,000 Mann, als mobile Colonnen in Baden verwendet werden.

In Köln ist am 20. Mai die bekannte Gräfin Hagfeld verhaftet worden.